

soll dann die Produktion auf jährlich 900.000 Einheiten erhöht und das Unternehmen international wettbewerbsfähig werden.

Ende August hat Toyota, Japans größter Automobilkonzern, einen Joint-Venture-Vertrag mit dem chinesischen Unternehmen First Automotive Works (FAW), ebenfalls größter Automobilkonzern in China, unterschrieben. Das Gemeinschaftsunternehmen mit einem Startkapital von 1,27 Mrd. US\$ soll bis zum Jahr 2010 rd. 400.000 Fahrzeuge produzieren. Nähere Einzelheiten über den Vertrag sind bisher noch nicht veröffentlicht worden.

Die neuen Joint Ventures werden den Wettbewerbsdruck auf die bestehenden sino-ausländischen Joint Ventures im Fahrzeugsektor erhöhen, insbesondere auf den Volkswagen sowie General Motors. Marktführer ist immer noch Shanghai Automotive Industry mit einem Marktanteil von 43,7%, obwohl der Anteil aufgrund wachsender Konkurrenz in den letzten 18 Monaten um rd. 10% zurückgegangen ist. Die Zahl der Fahrzeugkäufe ist in den ersten sieben Monaten d.J. um 44% auf 599.445 gestiegen. Das gesamte Marktvolumen für neue Automobilverkäufe beträgt rd. 2,3 Mio. Einheiten pro Jahr, allerdings sind davon 1,6 Mio. kommerziell genutzte Fahrzeuge. Mit steigenden Einkommen in den Metropolen, vor allem in Shanghai und Beijing, wird damit gerechnet, dass die Pkw-Verkäufe schnell zunehmen. Der wachsende Binnenmarkt zählt zu den wichtigsten Gründen für das starke Interesse japanischer Automobilkonzerne an China. Als Produktionsstandort für japanische Automobilhersteller ist China auch attraktiv aufgrund der niedrigen Lohnkosten, die rd. ein Zehntel der Kosten in Japan betragen. (FT, 18.9., 19.9., 20.9.02; AWSJ, 17.9.02) -schü-

25 China auf Platz fünf im internationalen Tourismus

Nach Angaben der World Tourism Organisation lag China im Jahre 2001 bei der Zahl von Einreisen ausländischer Touristen mit 33,2 Mio. Besuchern auf Platz fünf. Dies waren 6,2% mehr als im Jahr 2000. Auch beim Einkommen aus dem internationalen Tourismus belegte China den Rang

fünf mit einem Volumen von 17,8 Mrd. US\$ (+9,7% gegenüber 2000) und lag damit vor Deutschland (17,2 Mrd. US\$) und Großbritannien (15,9 Mrd. US\$). Auf den ersten vier Plätzen erreichten die USA Einnahmen aus dem internationalen Tourismus in Höhe von 72,3 Mrd. US\$, Spanien von 32,9 Mrd. US\$ und Italien von 25,9 Mrd. US\$.

Um das Angebot auch im Bereich der Hotels der mittleren Kategorie zu verbessern, wollen ausländische Hotelketten ihre Präsenz diversifizieren. Diese Hotels sollen ebenfalls für einkommensstärkere chinesische Touristen attraktiv sein. So will die Hotelkette Marriott International die bisherige Zahl der Hotels von 32 bis zum Jahre 2005 auf rd. 50 erhöhen, insbesondere durch den Bau von Hotels der Drei-, Vier- und Fünfsterne-Kategorie. Howard Johnson International hat zwar als Nachzügler vor kurzem das erste Hotel in China eröffnet, will aber bis Mitte nächsten Jahres weitere fünf bauen. Schätzungen der Hotelkette Marriott zufolge wird die Zahl der einkommensstarken chinesischen Touristen bis zum Jahr 2008 auf rd. 200 Mio. steigen. Allerdings wird nur das obere Segment dieser Gruppe als relevant angenommen, die Preise von 70-90 US\$ pro Nacht bezahlen können.

Die Attraktivität gut geführter Mittelklassehotels ist nach Einschätzung aus der Tourismusbranche auch deswegen so hoch, weil es zwar viele Fünfsterne-Hotels gibt, diese jedoch nicht die entsprechenden Dienstleistungen bieten. In jeder Provinz falle das Niveau der Fünfsterne-Hotels unterschiedlich aus.

Die Zahl der inländischen Touristen hat in den letzten Jahren schnell zugenommen. Ende 2001 stieg die Gesamtzahl auf 784 Mio. Personen, ein Zuwachs um 5,3% gegenüber 2000. Einnahmen aus dem Inlandstourismus beliefen sich auf 352,2 Mrd. Yuan (42,4 Mrd. US\$), ein Anstieg um 10,9%. Gestiegen ist auch die Zahl der chinesischen Touristen, die ins Ausland reisen, und zwar auf 12,13 Mio. (+15,9%). (XNA, 21.9.02; NfA, 7.10.02; AWSJ, 4.9.02) -schü-

Binnenwirtschaft

26 Nationale Konferenz zur Beschäftigung von Arbeitslosen

Mitte September fand in Beijing eine Nationale Konferenz zur Beschäftigung von Arbeitslosen statt, die vom ZK der KPCh einberufen worden war. Damit signalisierte die Parteiführung, dass sie der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und der schwierigen Lage der freigesetzten Arbeitskräfte aus Staatsbetrieben einen bedeutenden Stellenwert in ihrer Politik einräumt. Gleichzeitig kann vermutet werden, dass dieser Politikkomplex zu den zentralen Themen auf dem Anfang November stattfindenden 16. Parteitag zählen wird.

In einem Kommentar der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua zum Problem der Beschäftigung von Arbeitslosen werden die verschiedenen sozialen und politischen Dimensionen der Arbeitslosigkeit zusammengefasst. Die Wiedereinstellung von Arbeitslosen habe nicht nur Einfluss auf den Lebensstandard der Betroffenen, sondern auch auf die Beziehung zwischen der Partei und der Bevölkerung insgesamt, auf den Status der KPCh als führende Partei sowie auf die Wirtschaftsreform, die Entwicklung und die Stabilität. Die Fluktuation der Weltwirtschaft und die wirtschaftliche Restrukturierung, so der Kommentar, hätten große Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt nach dem WTO-Beitritt, der eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage mit sich bringen könnte. (XNA, 19.9.02)

Die Xinhua-Nachrichtenagentur fasste Auszüge aus der Rede von Staatspräsident Jiang Zemin zum Abschluss der Konferenz zusammen. Jiang unterstrich die herausragende Rolle, die die freigesetzten Arbeitskräfte der Staatsunternehmen für den Aufbau des Landes gespielt haben. Diese Arbeitskräfte müssten nunmehr durch Staat und Gesellschaft Unterstützung erhalten; innerhalb der Beschäftigungspolitik sei dies der wichtigste Aspekt. Es sei die uneingeschränkte Verpflich-

tung der Parteikomitees und der Regierungen auf allen Ebenen sowie der gesamten Gesellschaft, das Problem der Wiederbeschäftigung von freigesetzten Arbeitskräften aus Staatsbetrieben zu lösen.

Jiang beschrieb die Situation der freigesetzten Arbeitskräfte aus Staatsbetrieben in seiner Rede wie folgt: Sie sind im allgemeinen älter und weisen keine gute Schulausbildung auf, sie besitzen nur ein geringes berufliches Qualifikationsniveau, sodass sie schlecht auf dem Arbeitsmarkt vermittelbar sind. In den letzten Jahren ging außerdem die Quote der Wiederbeschäftigung von freigesetzten Arbeitskräften zurück. Während im Jahr 1998 noch 50% eine neue Anstellung fanden, sank dieser Anteil auf 30% bis zum Jahr 2001 und auf 9,1% im 1. Halbjahr 2002. Die Erfahrung habe gezeigt, so Jiang Zemin, dass diese Arbeitslosen keine Beschäftigung finden, wenn sie nicht durch eine entsprechende Politik unterstützt werden. Gleichzeitig müsse das soziale Sicherungssystem verbessert werden, das freigesetzte Arbeitskräfte von Staatsunternehmen bis zur Aufnahme einer neuen Beschäftigung finanziell absichere.

Jiang wies auf das hohe Potenzial des tertiären Sektors bei der Beschäftigung von freigesetzten Arbeitskräften hin. Von den 1,8 Mio. Arbeitskräften, die zwischen 1998 und 2001 in der Provinz Heilongjiang freigesetzt wurden, seien rd. 50% im Dienstleistungssektor untergekommen. In der Provinz Liaoning belaufe sich dieser Anteil sogar auf rd. 70% von rd. 1,5 Mio. freigesetzten Arbeitskräften. (BBC PF, 19.9.02)

Im Gegensatz zu anderen Ländern sei Chinas Beschäftigungsproblem weitaus komplexer. So bestehe gleichzeitig ein generelles Überangebot an Arbeit, eine strukturelle Arbeitslosigkeit, ein zunehmender Beschäftigungsdruck in den Städten, ein wachsender Strom von überschüssigen Arbeitskräften aus der Landwirtschaft, die in nichtlandwirtschaftliche Sektoren drängen, sowie eine hohe Zahl neu auf dem Arbeitsmarkt tretender Arbeitskräfte und das Problem der Vermittlung freigesetzter Arbeitskräfte. (BBC PF, 18.9.02)

Ministerpräsident Zhu Rongji, der ebenfalls auf der Konferenz eine Rede hielt, forderte darin, einige wich-

tige Aspekte bei der Wiederbeschäftigungspolitik zu berücksichtigen. 1. Das Wirtschaftswachstum Chinas sei mit der fundamentalen Transformation des Wirtschaftssystems in eine neue Phase getreten. Neue Arbeitsplätze würden hauptsächlich im tertiären Sektor entstehen, in kleinen und mittelgroßen Unternehmen, im kollektiven sowie im privaten Sektor, da diese noch Entwicklungspotenziale aufweisen und Arbeitskräfte absorbieren könnten. Weiterhin müsse der Arbeitsmarkt flexibilisiert werden, u.a. über Teilzeitarbeit, Beschäftigung durch mehrere Arbeitgeber, etc. Außerdem müsse 2. an der bestehenden Richtlinie in der Beschäftigungspolitik festgehalten werden. Diese umfasse die „Arbeitsplatzsuche durch die Arbeitskräfte, Regulierung der Beschäftigung durch den Arbeitsmarkt und Förderung der Beschäftigung durch die Regierung“. Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft sei die Rolle der Marktmechanismen zu betonen. Die Rolle des Staates bestehe in der Formulierung und Umsetzung der Beschäftigungspolitik und Bereitstellung von sozialer Sicherung für Arbeitslose. Es müssten 3. verschiedene neue Politikmaßnahmen in umfassender Weise von allen Lokalregierungen umgesetzt werden. Weiterhin sollten 4. die Dienstleistungen für die Wiederbeschäftigung verbessert werden. Dazu zählten berufliche Bildungsangebote, ein Informationsnetzwerk zum Arbeitsmarkt, Verbesserung der Dienstleistungen in der Beschäftigungsvermittlung, etc. (BBC PF, 13.9.02)

Neben hochrangigen Politikern traten auf der ZK-Konferenz auch bekannte Wissenschaftler auf. Der Ökonom Xiao Zhuji wies beispielsweise darauf hin, dass derzeit zwischen 15-20% der Arbeitskräfte in den Staatsunternehmen als überschüssig betrachtet werden müssten. Weiterhin gebe es eine hohe potenzielle Arbeitslosigkeit von rd. 200 Mio. ländlichen Arbeitskräften. Seiner Einschätzung nach ist die tatsächliche Arbeitsmarktsituation in China wesentlich schwieriger als in anderen Ländern, obwohl die offizielle städtische Arbeitslosenquote bei nur 3,5% liegt.

Auch der Forschungsdirektor des Zentrums für Arbeitswissenschaften beim Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit unterstrich die vielfäl-

tigen strukturellen Arbeitsmarktprobleme:

- Insgesamt würden potenziell 14 Mio. Arbeitskräfte jedes Jahr im Verlauf des 10. Fünfjahresplanes bis Ende 2005 auf den Arbeitsmarkt treten. Bei einer angenommenen Erwerbsbeteiligung von 85% bedeute dies, dass rd. 10 Mio. Arbeitskräfte eine Beschäftigung suchen.
- Weiterhin gebe es derzeit rd. 6 Mio. registrierte Arbeitslose sowie eine Gesamtzahl von 30 Mio. freigesetzter Arbeitskräfte (hier kann vermutet werden, dass die *xia gang*-Arbeitskräfte der Staatsunternehmen gemeint sind, von denen allerdings ein größerer Teil eine neue Beschäftigung gefunden hat), einen Rückgang um 15 Mio. Arbeitskräfte in den städtischen Kollektivbetrieben und mindestens 150 Mio. überschüssiger Arbeitskräfte in den ländlichen Gebieten.
- Während des 9. Fünfjahresplanes (1996-2000) wurden jährlich im Durchschnitt rd. sieben Mio. Arbeitsplätze geschaffen; die niedrigste Zahl der neu entstandenen Arbeitsplätze belief sich in diesem Zeitraum auf vier Mio. Arbeitsplätze in einem Jahr.
- Während des 10. Fünfjahresplanes (2001-2005) müssten jährlich durchschnittlich acht Mio. Arbeitsplätze bereitgestellt werden. Insgesamt also ist der Unterschied zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeit relativ groß, und die Zahl der neu entstehenden Arbeitsplätze im Vergleich zu der Zahl der Arbeitssuchenden sehr beschränkt.

Das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit spiegelt sich nach Einschätzung des Forschungsdirektors auch darin wider, dass die aus den Staatsunternehmen entlassenen Arbeitskräfte aufgrund verschiedener Ursachen nicht ohne weiteres im nichtstaatlichen Sektor und in neu entstehenden Industrien unterkommen können. Die Arbeitsplätze, die angeboten werden, entfallen auf zwei Gruppen von Beschäftigten, nämlich,

1. Arbeitskräfte vom Lande, die sehr niedrige Löhne erhalten und in der Produktion eingesetzt werden, und 2. Absolventen von Universitäten, Mittelschulen und Berufsschulen, die für das Management eingestellt werden. Für freigesetzte Arbeitskräfte aus den Staatsbetrieben ist es sehr schwierig, in diese Arbeitsmarktsegmente zu kommen. Da die Umstrukturierung und die Reform der Staatsunternehmen nach dem WTO-Beitritt noch verstärkt wird, sei dies Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit auch in Zukunft zu erwarten. Kurz- und mittelfristig sollte der Staat die soziale Sicherung der Arbeitslosen verbessern, die Entwicklung des nichtstaatlichen Sektors fördern, die beruflichen Bildungsangebote erhöhen, Dienstleistungen bei der Arbeitsvermittlung verbessern etc. Langfristig müsse allerdings auch die Frage eines einheitlichen Arbeitsmarktes betrachtet und das Haushalts-Registrierungssystem (mit Registrierung von Arbeitskräften auf dem Land bzw. in der Stadt) abgeschafft werden, um eine räumliche Mobilität der Arbeitskräfte zu ermöglichen.

Nach Einschätzung des Forschungsdirektors des Zentrums für Arbeitswissenschaften beim Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit beläuft sich die tatsächliche Arbeitslosenquote auf über 10%. Neben den offiziell als arbeitslos registrierten Arbeitskräften, die eine städtische Arbeitslosenquote von 3,5% ergeben, müssten die freigesetzten Arbeitskräfte (der Staatsunternehmen) hinzugezählt werden, die eine Quote von 7-8% darstellten. Dass diese Gruppe nicht in die offizielle Statistik der registrierten Arbeitslosen einbezogen wird, liege daran, dass sie ein Grundeinkommen (vom Unternehmen) erhalten und noch bestimmte Bindungen an die ehemalige Arbeitseinheit (z.B. Absicherung gegen Krankheit, Wohnraum etc.) bestehen. Werden die ländlichen überschüssigen Arbeitskräfte mit einbezogen, dann erhöhe sich die Arbeitslosenquote sogar auf mehr als 20%. (BBC PF, 12.9.02)

Konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation werden derzeit vom Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit ausgearbeitet. Eine Hongkonger Zeitung wies in einem Bericht darauf hin, dass das

Maßnahmenpaket zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben wird und nannte bereits einige Beispiele. So sollen aus dem Haushalt Mittel bereitgestellt werden, um Anreize für die Schaffung von Arbeitsplätzen in öffentlichen und privaten Unternehmen zu schaffen. Unternehmen, die mindestens 30% ihrer Beschäftigten aus Wiederbeschäftigungszentren rekrutieren, sollen erhebliche steuerliche Vergünstigungen erhalten. Dazu zählt, dass sie von der Zahlung von Registrierungsgebühren (bei der Anmeldung von Unternehmen) sowie von Gebühren für Umweltschutz und öffentliche Gesundheit ausgenommen werden.

Eine andere Maßnahme soll sein, dass Unternehmen, die Arbeitslose einstellen, Subventionen für die Zahlung von Sozialversicherungsabgaben erhalten, um auf diese Weise ihre Kosten zu reduzieren. Weiterhin sollten steuerliche Vergünstigungen sowie Kleinkredite für freigesetzte Arbeitskräfte bereitgestellt werden, die sich selbstständig machen wollen. Darüber hinaus soll die Entwicklung von arbeitsintensiven Sektoren wie Gastronomie, kommunale Dienstleistungen, Sicherheits- und Reinigungsdienstleistungen gefördert werden.

Neben der bestehenden Garantie eines Mindesteinkommens für Arbeitslose soll für ältere Arbeitslose, die kaum Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz haben, eine zusätzliche finanzielle Unterstützung eingeführt werden. Die Höhe des Mindesteinkommens variiert regional, beträgt allerdings im Durchschnitt 100-150 Yuan monatlich in den Provinzen in Zentralchina und in abgelegenen Provinzen sowie 200-250 Yuan in stärker entwickelten Provinzen; das Mindesteinkommen für Arbeitslose beträgt in Beijing 285 Yuan pro Monat. (BBC PF, 19.9.02)

Das Problem der wachsenden Arbeitslosigkeit wird auch im Rahmen von bilateralen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit aufgegriffen. So hat die UNDP vor kurzem ein Projekt in sechs Pilotstädten zusammen mit dem China International Center for Economic and Technological Exchange (CICETE) begonnen. Das dreijährige Projekt mit dem Titel „City Planning, Management and Development in the 21st Century“ hat ein Volumen von 12 Mio. US\$ und zählt

damit zu den größeren UNDP-Projekten. Die sechs Städte sind Guiyang (Hauptstadt der Provinz Guizhou), Jinan (Hauptstadt der Provinz Shandong), Liuzhou (Industriestadt in der Provinz Guangxi), Meishan (Stadt in der Provinz Sichuan), Sanmenxia (Stadt in der Provinz Henan) und Taiyuan (Hauptstadt der Provinz Shanxi). (XNA, 14.9.02) -schü-

27 „Schwierige fiskalische Situation“

Auf der nationalen Arbeitskonferenz zur fiskalischen Situation, die Mitte September in Beijing stattfand, wiesen mehrere Mitglieder des Ständigen Ausschusses des ZK der KPCh und der Zentralregierung auf die schwierige Lage der Staatsfinanzen hin.

In seiner Rede auf der Arbeitskonferenz analysierte Ministerpräsident Zhu Rongji zunächst die augenblickliche wirtschaftliche Situation, die durch ein weiterhin hohes Wachstum charakterisiert werde. Hierzu habe die Zunahme der inländischen Nachfrage, der Exporte und des Zustroms von Auslandskapital beigetragen. Dass die wirtschaftliche Entwicklung weitaus besser als erwartet verlaufe, führt Zhu vor allem auf die richtigen politischen Weichenstellungen zurück, die auf der nationalen Arbeitskonferenz zur Wirtschaft Ende letzten Jahres vorgenommen wurden.

Das nur langsame Wachstum der fiskalischen Einnahmen bei gleichzeitig hoher Zunahme der fiskalischen Ausgaben bezeichnete Zhu Rongji in seiner Rede als das derzeit größte Problem. Obwohl durchaus Erfolge bei der Erhebung von Steuern erzielt worden seien, gebe es nach wie vor hohe Steuerausfälle. Als Ursachen nannte Zhu die Steuerhinterziehung durch Selbstständige und Privatunternehmen sowie durch Unternehmen mit Auslandskapital, aber auch durch Staatsunternehmen. Weiterhin bestehe das Phänomen in vielen Handelszentren, Steuern in Gebühren umzuwandeln. Auch durch Schmuggel und falsche Preisauszeichnungen entgingen dem Staat Steuern. Die Defizite in der Steuerverwaltung sind Zhu zufolge ebenfalls für die Verluste an Steuern verantwortlich. Hierzu zählten ein wenig entwickeltes Managementsystem,

unzureichende Gesetzgebung und Bestimmungen sowie ein rückständiges System zum Einziehen der Steuern und der Verfolgung von Steuersündern. Darüber hinaus fehle das Bewusstsein in der Bevölkerung, dass alle zur Steuerzahlung verpflichtet seien.

Um die Erhöhung der Steuereinnahmen zu erreichen, forderte Zhu, dass die Steuereinzahlung und das Steuermanagement verbessert werden, insbesondere bei den wichtigsten Steuerarten wie Mehrwertsteuer, Konsumsteuer, Business-Steuer, Körperschaftssteuer und private Einkommensteuer. Notwendig sei die striktere steuerliche Überwachung der Unternehmen und die rechtliche Verfolgung von Steuerhinterziehern. Weiterhin müsse die Einheit und Autorität der Steuergesetzgebung aufrechterhalten werden. Einige Lokalregierungen hätten in den letzten Jahren steuerliche Vergünstigungen erlassen, die zu Verlusten bei den Staatseinnahmen geführt hätten. Eine Methode dabei sei, erst Steuern zu erheben und sie dann zurückzuerstatten oder Steuern in anderen Steuerregionen zu zahlen, als dies vorgegeben sei. Zhu unterstrich die unbedingte Steuerautorität der Zentralregierung, nur sie habe die gesetzgeberische Macht, die Steuerbestimmungen festzulegen und steuerpolitische Maßnahmen zu erlassen.

Zhu forderte außerdem, dass die Steuereinzahlung auf der Basis der gesetzlichen Bestimmungen ohne Berücksichtigung der einzelnen Person bzw. Unternehmen erfolgen müsse. Weiterhin sei das Steuersystem insgesamt zu verbessern, und es müssten Steuerlücken gestopft werden. Auch das Bewusstsein in der Bevölkerung, dass Steuern freiwillig zu zahlen sind, müsse geweckt werden.

Neben der Verbesserung der Steuereinnahmen legte Zhu in seiner Rede den Schwerpunkt auf die Reduzierung der Staatsausgaben. Derzeit gebe es das Phänomen, dass Finanzmittel ohne Genehmigung ausgegeben werden. Beispiele hierfür seien Ausgaben für Konferenzen, Feiern, Seminare, Vergabe von Subventionen und Boni. In einigen Lokalregierungen würden außerdem große Prestigeprojekte durchgeführt, die sehr hohe Kosten verursachten. Problematisch seien in manchen Regionen zu hohe Investitionen in

Bauprojekte, die zur Überhitzung des Immobilien- und Tourismussektors geführt hätten. Zhu warnte, dass dieses Verhalten nicht nur eine Verschwendung von Ressourcen sei und die Korruption erhöhe, sondern auch dem Ansehen der Partei in der Bevölkerung schade. Für den Rest dieses Jahres kündigte Zhu an, dürfe keine Lokalregierung mehr zusätzliche Ausgabenpositionen einführen. Ausnahmen seien Mittel zur Unterstützung der Bevölkerung bei Naturkatastrophen. Der Bau von nicht notwendigen Projekten solle strikt untersagt werden, sowohl im Industriesektor als auch im Immobiliensektor sowie von Prestigeprojekten wie Verwaltungsgebäuden, Ausbildungszentren, Unterhaltungszentren, etc. Die lokalen Finanzbehörden sollen für solche Projekte keine Genehmigung erteilen, Banken dürfen hierfür keine Kredite vergeben und die Behörde für die Vergabe von Landnutzungsrechten keine Flächen zuweisen. (BBC EF, 16.9.02)

Dass die Regierung es mit der Verfolgung von Steuersündern ernst meint, scheint sich in der Auswahl der 50 reichsten Personen in China widerzuspiegeln, die zur Kasse gebeten werden. Zu einem der ersten und publikumsträchtigsten Fälle zählt die Verhaftung der Schauspielerin Liu Xiaoping im Juni d.J. Ihr wird vorgeworfen, Steuern in Höhe von 10 Mio. Yuan zu hinterziehen. (FT, 18.9.02) Erfolge bei der Einziehung von Steuern von bekannten Persönlichkeiten meldet dagegen der Bezirk Dongcheng in Beijing. 47 Personen aus der Gruppe „bekannte Persönlichkeiten“ zahlten von Januar bis Juli private Einkommensteuern in Höhe von 15,6 Mio. Yuan (2 Mio. US\$). Die Bedingungen zur Zahlung von Steuern sollen bereits in den Verträgen zum künstlerischen Engagement festgeschrieben worden sein. (XNA, 12.8.02)

Auch die multinationalen Unternehmen sind in das Visier der Steuerfahnder geraten. Nach Einschätzung von Liu Huan von der Central University of Finance and Economics in Beijing sollen diese Unternehmen Steuern in Höhe von rd. 20 Mrd. US\$ (166 Mrd. RMB bzw. 20,6 Mrd. Euro) jährlich im Rahmen von Steuerumgehung bzw. -hinterziehung nicht gezahlt haben. Möglich sei dies durch eine zu hohe Ausweisung von Kosten und ei-

ne zu niedrige Ausweisung von Gewinnen. Eine beliebte Methode sei die Festlegung von Transferpreisen innerhalb von Unternehmen, wobei die Kosten für den Import von Gütern für die Produktionsstätten in China sehr hoch ausgewiesen werden, um dadurch die zu versteuernden Gewinne zu reduzieren. Importzölle kann die chinesische Regierung auch nur beschränkt einnehmen, da rd. 50% der chinesischen Importe als Inputs für die Produktion von Gütern behandelt werden, die für die Wiederausfuhr bestimmt sind. Liu geht davon aus, dass etwa 30% der ausländischen Unternehmen keine Steuern zahlen. (FT, 18.9.02)

Dem Ziel, die Steuerverwaltung zu verbessern, dient auch eine neues Regelwerk für die Überwachung und Administration der Steuererhebung, das zum 15.10.02 in Kraft treten wird. Die neuen Bestimmungen ersetzen die alten Regeln von August 1993 und legen in 113 Artikeln Maßnahmen zur strengeren Überwachung der Steuererhebung fest. (XNA, 18.9.02)

Für die ersten acht Monate d.J. melden die Steuerbehörden eine Zunahme der Steuereinnahmen um insgesamt 11% bzw. 11,4 Mrd. Yuan. Das Steueraufkommen in dieser Periode lag bei 1.121 Mrd. Yuan. Indirekte Steuern trugen mit 646,7 Mrd. Yuan (+12,7%) bzw. 65,4% wesentlich zum gesamten Steueraufkommen bei. Die privaten Einkommensteuern stiegen um 23,8%, die Steuerablieferungen der Unternehmen mit Auslandskapital um 29% und die der chinesischen Unternehmen dagegen nur um 4,3%. (XNA, 17.9.02) -schü-

28 Entwicklungen im Bankensektor

Chinas Bankensektor ist weiterhin mit vielfältigen Problemen konfrontiert. Dazu zählt der neueste Korruptionsskandal, der diesmal von der CITIC Industrial Bank gemeldet wird. Dieser Skandal könnte nach Einschätzung der *Financial Times* vom 26.9.02 dazu führen, dass die Pläne der Notierung an der Inlandsbörse zeitlich verschoben werden müssen. Im Zentrum des Korruptionfalles steht ein Kreditbearbeiter der Niederlassung Shanghai, der mit gefälschten Dokumenten 300

Mio. Yuan (36,9 Mio. Euro) von einem Kundenkonto mit Termineinlagen abgezogen hat.

Die CITIC Industrial Bank ist nicht die erste Bank, die durch Betrugsfälle auffällt. So meldete die Bank of China in diesem Jahr, dass Angestellte einer Niederlassung in Südchina über einen Zeitraum von sieben Jahren Gelder in Höhe von 322 Mio. Pfund Sterling unterschlagen haben, ehe sie ins Ausland flüchteten. Von der Minsheng Bank aus Shanghai, Chinas Privatbank, wurde die Unterschlagung eines Bankangestellten von Geldern in Höhe von 353,8 Mio. Yuan gemeldet. (FT, 26.9.02)

Während sich die vier großen Staatsbanken mittelfristig auf der Restrukturierung in Aktiengesellschaften und eine dann mögliche Börsennotierung vorbereiten, erfolgt, wenn auch zögerlich, die Kapitalbeteiligung ausländischer Investoren in chinesischen Banken. So haben die International Finance Corp. (IFC), der privatwirtschaftliche Arm der Weltbank, sowie die Scotiabank of Canada einen Anteil einer regionalen Bank in China erworben. Anfang September unterzeichneten beide Investoren ein „memorandum of understanding“, also eine Absichtserklärung, über den Kauf von 2% der Xi'an City Commercial Bank. Die Erklärung umfasst auch eine mögliche Erhöhung des Anteils der ausländischen Investoren, abhängig von der Zustimmung der chinesischen Regulierungsbehörden. (FT, 9.9.02)

Die Xi'an City Commercial Bank wurde 1997 durch die Fusion von 42 lokalen Kreditgenossenschaften gegründet und besaß Ende 2001 Vermögenswerte in Höhe von 79 Mrd. Yuan. Eigentümer sind die Stadt Xi'an sowie 450 kleine Unternehmen und 12.800 Einzelpersonen, einschließlich der Angestellten. (Cbiz.org, 9.9.02)

Einem Gesetzentwurf zur Beteiligung ausländischer Investoren in chinesischen Banken zufolge, kann der ausländische Anteil an chinesischen Banken eine Höhe von 25% erreichen. Ob allerdings die Regulierungsbehörden einer Ausweitung des Anteils der IFC und der Scotiabank zustimmen würden, ist ungewiss, obwohl die Zentralbank vor kurzem derzeitige Investitionen begrüßt hat. Die Citibank soll ebenfalls in Gesprächen über den

Erwerb eines Anteils einer chinesischen Bank sein, und zwar der Pudong Development Bank in Shanghai. Die HSBC, die bereits im letzten Jahr einen Anteil von 8% der Bank of Shanghai zu einem Preis von 62 Mio. US\$ erworben hat, soll Kontakt zur Beijing City Commercial Bank aufgenommen haben. Auch die Hang Seng Bank, Hongkongs drittgrößte Bank, hat Interesse an einer Kapitalbeteiligung der Minsheng Bank gezeigt. (FT, 9.9.02)

In den großen Staatsbanken geht derzeit in Zusammenarbeit mit den Vermögensverwaltungsgesellschaften (asset management companies = AMC) der Abbau uneinbringlicher Kredite weiter. So plant die China Construction Bank zusammen mit der Xinda Asset Management Corp. den Verkauf von uneinbringlichen Krediten mit einem Wert von 8 Mrd. Yuan in der Zeit vom 28.10. bis 3.11.02. Bereits im Juni hatte die Bank eine Verkaufsfaktion organisiert, bei der Hypothekenkredite mit einem Wert von 4 Mrd. Yuan verkauft wurden. Bei der nächsten Auktion sollen auch Immobilien und Fahrzeuge verkauft werden.

Ende Juni d.J. wies die China Construction Bank einen Anteil von 17,29% uneinbringlicher Kredite auf. Nach Angaben des Bankpräsidenten Zhang Enzhao soll der Anteil der uneinbringlichen Kredite um 2-3% pro Jahr reduziert werden. Im Jahre 2006, wenn ausländische Finanzinstitutionen dieselben Dienstleistungen wie chinesische anbieten können, soll dann der Anteil der uneinbringlichen Kredite auf weniger als 10% geschrumpft sein. Zhangs Ziel ist es, die Bank als erste an die Börse zu bringen. (Cbiz.org, 19.9.02)

Auch ausländische Investmentbanken werden zu Partnern der Vermögensverwaltungsgesellschaften und wollen sie beim Verkauf der uneinbringlichen Kredite unterstützen. So entsteht gerade ein Joint Venture zwischen der AMC Huarong und einem von Morgan Stanley geführten Konsortium, das noch vom MOFTEC genehmigt werden muss. Auch Goldman Sachs wartet auf die Joint-Venture-Genehmigung durch MOFTEC. (FT, 16.9.02)

Chinas Banken stehen mit der erwarteten Konkurrenz durch ausländische Finanzinstitute auch unter ei-

nem zunehmenden Anpassungsdruck hinsichtlich ihres Dienstleistungsangebots. Die Gefahr besteht, dass chinesische Kunden die ausländischen Banken vorziehen, wenn dort der Service besser ist. Dies hat auch eine Umfrage deutlich gemacht, die zeigte, dass nur 10% der Bankkunden mit dem Service ihrer Bank zufrieden sind. Weitere 20% sind unzufrieden und die übrigen Kunden sagten, dass sie sich an die Bedingungen gewöhnt hätten. Für die meisten Kunden ist das lange Warten der wichtigste Grund ihrer Unzufriedenheit (58%), nur 17% bezeichneten den Service als professionell. Die Untersuchung wurde vom China Economic Monitoring Center durchgeführt, das zum Staatlichen Statistikamt zählt. (Cbiz.org, 5.9.02) -schü-

29 Shanghai will globales Finanzzentrum werden

Mitte September fand in Shanghai ein Seminar mit hohen Regierungs- und Bankvertretern sowie Finanzspezialisten statt, die Shanghais Chancen diskutierten, zu einem globalen Finanzzentrum aufzusteigen. (XNA, 11.9.02) Anfang August hatte der Shanghai's Bürgermeister Chen Liangyu auf einer Konferenz den Plan vorgestellt, Shanghai in den kommenden 10-20 Jahren zu einem internationalen Finanzzentrum auszubauen. Ein Schritt zur Realisierung dieses Planes ist das Ziel, den Anteil des Finanzsektors am BIP Shanghais von derzeit 13,8% auf 20% im Jahre 2005 zu erhöhen. (SCMP, 7.8.02)

Auf dem o.g. Seminar wies Hu Pingxi, Leiter der Shanghai's Niederlassung der Zentralbank, darauf hin, dass Shanghai auf dem Wege zu einem internationalen Finanzzentrum noch eine Reihe von Hindernissen überwinden müsse. Auf der Makroebene sei es notwendig, dass Shanghai seine Nische innerhalb der internationalen Finanzindustrie findet, seine Rolle als führendes inländisches Finanzzentrum konsolidiert und ein Rechtssystem für den Finanzsektor aufbaut, dass mit inländischen und internationalen Normen kompatibel ist. Auf der Mikroebene müsse die Stadt u.a. ihre Funktionen im Finanzsektor verbessern, neue Finanzprodukte einführen, den Markt stärker ins Spiel bringen sowie einen

Ausgleich zwischen Kontrolle über das Finanzsystem und Innovationen erreichen. (XNA, 11.9.02)

Eine wichtige Rolle bei der Realisierung des Ziels, ein internationales Finanzzentrum zu werden, wird die Shanghaier Börse spielen. Nach Angaben von Shen Chongying, Leiter der Regulierungsbehörde China Securities Regulatory Commission, Zweigstelle Shanghai, sollen mehr institutionelle Investoren aktiv und der Anleihemarkt gestärkt werden. Außerdem sollen neben neuen Finanzprodukten Terminmärkte für Öl und Aktienindices eingeführt werden.

Ende Juni d.J. waren an der Shanghaier Börse 675 Unternehmen notiert, vor 10 Jahren war es erst 8 Unternehmen. Die Kapitalisierung erhöhte sich von 3 Mrd. Yuan auf 3,1 Billionen Yuan. Dies war ein Anteil von 32% am chinesischen BIP; die Shanghaier Börse rangiert auf Platz 13 der 200 größten Aktienbörsen weltweit. (XNA, 9.8.02)

Nach Einschätzung ausländischer Analysten ist die Expansion des Finanzsektors als ein wichtiger Motor für den weiteren wirtschaftlichen Aufstieg der Stadt erforderlich. Im 10. Fünfjahresplan will die Stadt ein jährliches Durchschnittswachstum von 9-11% erreichen, das wären 2-3% über dem nationalen Durchschnitt. Shanghais Entwicklung als internationales Finanzzentrum ist jedoch nach wie vor beschränkt durch die Teilkonvertibilität der Währung, die eine direkte Konkurrenz zu Hongkong nicht erlaubt. (FT, 3.8.02) -schü-

SVR Hongkong

30 Regierung legt Entwurf für umstrittenes Anti-Subversions-Gesetz vor

Am 24. September hat die Hongkonger Regierung der Öffentlichkeit ein lange erwartetes Konsultationspapier mit Vorschlägen zur Umsetzung von Artikel 23 des *Basic Law*, des Hongkonger Grundgesetzes, vorgelegt (Dokument im englischen Wortlaut unter: www.info.gov.hk/sb/eng/report/index.html). Der

Artikel 23, den die chinesische Regierung 1990 zehn Monate nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung im Juni 1989 aus Furcht vor einem künftigen Kontrollverlust in Hongkong sehr spät noch durchgesetzt hatte, verlangt die Ausarbeitung eigenständiger Gesetze gegen Landesverrat, Abspaltung, Volksverhetzung und Subversion gegen die Zentrale Regierung der Volksrepublik. Durch Gesetze verboten werden sollen außerdem der Verrat von Staatsgeheimnissen sowie das Wirken ausländischer politischer Organisationen in der SVR bzw. der Anschluss an solche Organisationen.

Nachdem die Umsetzung dieses kontroversen Artikels während der ersten Amtszeit Tung Chee-hwas offenbar wegen der zu erwartenden Kritik hinausgezögert worden war, hat der Regierungschef nun als eine der ersten Amtshandlungen seiner zweiten Amtszeit den Entwurf für entsprechende Anti-Subversions-Gesetze vorgestellt. Dem Fahrplan der Regierung gemäß soll der vom Amt für Sicherheit autorisierte Entwurf drei Monate lang Gegenstand öffentlicher Konsultationen sein – Kritiker sprechen hier von einer reinen Public-Relations-Aktion, die zu keinen substanziellen Änderungen mehr führen dürfte. Anfang 2003 soll der Entwurf dann der Legislativversammlung zur Debatte vorgelegt werden, um möglichst noch in derselben Legislativperiode, die im Juli 2003 endet, verabschiedet zu werden.

Mit der Vorlage des Konsultationspapiers hat eine lange geführte öffentliche Debatte in Hongkong ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Bereits während der vergangenen fünf Jahre seit der Rückgabe Hongkongs wurden mögliche Schreckensszenarien einer Implementation des Artikels 23 in demokratischen Kreisen immer wieder beschworen, um auf die politische Gefahr drakonischer Kontrollinstrumente in der Hand der Beijinger Führung hinzuweisen. Angesichts des nun bekannt gemachten Entwurfes werden zahlreiche latente Befürchtungen akut. In der Tat gibt der Entwurf, wenn er auch einen liberalen Tenor pflegt, einigen Grund zur Sorge, dass die ohnehin schrittweise erodierenden zivilen Rechte und demokratischen Freiheiten in der SVR Hongkong in Zukunft empfindlich beschnitten werden könnten.

Als Begründung für den Schritt stellte Regina Ip, Ministerin für Sicherheit, dar, dass Hongkong aus rechtlichen und moralischen Gründen in der Pflicht sei, Artikel 23 nach über fünf verstrichenen Jahren nun endlich umzusetzen. So würden alle Länder per Gesetz für den Schutz der nationalen Sicherheit sorgen – Hongkong aber bilde in dieser Hinsicht bisher einen Ausnahmefall, weil das nationale Recht der Volksrepublik China (das u.a. etwa die Todesstrafe vorsieht) gemäß des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“ nicht auf Hongkong anwendbar sei. Daher sei die SVR selbst dafür verantwortlich, eigenständige Gesetze zum Schutz der nationalen Sicherheit zu erlassen. Der Schutz der Sicherheit und der Souveränität der Volksrepublik sei darüber hinaus eine moralische Verpflichtung für alle Hongkonger Bürger. Regierungschef Tung Chee-hwa betonte in einer offiziellen Stellungnahme am 24. September, dass der vorgelegte Entwurf auf bisher in Hongkong gültigen Verordnungen und auf Prinzipien des *Common Law* basiere. Die Vorschläge seien mit dem *Basic Law* und den Menschenrechtsvereinbarungen (u.a. den Internationalen Menschenrechtskonventionen) vollkommen konsistent und würden in keiner Weise die bestehenden Menschenrechte und zivilen Freiheiten der Hongkonger Bürger beeinträchtigen, die ja die tragenden Säulen für Hongkongs Erfolg darstellten. Erarbeitet im ständigen Vergleich mit entsprechenden Gesetzen in zahlreichen westlichen Ländern, seien die nun präsentierten Vorschläge „liberal und vernünftig“.

Der 76-seitige Gesetzentwurf benennt als übergreifendes Ziel das Verbot von Handlungen, die die Souveränität, territoriale Integrität, Einheit und nationale Sicherheit der Volksrepublik China unterminieren. Konkret ist darin vorgesehen, Landesverrat, Abspaltung und Subversion mit lebenslanger Haft sowie die Anstiftung zu diesen Akten mit mindestens sieben Jahren Haft zu bestrafen. Der Verrat von Staatsgeheimnissen soll mit 14 Jahren, der Anschluss an ausländische politische Organisationen mit sieben Jahren Haft geahndet werden.

Kritiker argumentieren zunächst generell, dass Hongkong, nachdem es fünf Jahre lang ohne Anti-Subversions-Gesetze ausgekommen sei, auch künftig keine solchen brauche. Umso be-